

Autor/-in: Martin Hesse/ Benedikt Müller-Arnold
Seite: 0
Rubrik: Wirtschaft
Weblink: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/enbw-chef-andreas-schell-ueber-energiewende-wir-brauchen-einen-plan-keine-planwirtschaft-a-9048d486-072c-42b3-8085-3be9259fb10a>

Mediengattung: Online News
Jahrgang: 2024
Nummer: 0

EnBW-Chef Andreas Schell über die Energiewende

»Wir werden am Ende ein neues System haben, das günstigeren Strom liefert«

Deutschlands drittgrößter Energiekonzern EnBW will bis 2028 aus der Kohle aussteigen. Unternehmenschef Andreas Schell sagt, was er dazu braucht – und warum Elektroautos endlich billiger werden müssen.

SPIEGEL: Herr Schell, EnBW sitzt in Baden-Württemberg und bezeichnet erneuerbare Energien als tragende Säule des Konzerns. Doch im Ländle werden kaum Windräder gebaut, die Stromversorgung hängt an der Kohle. Sind Sie hier noch richtig?

Schell: Die EnBW ist mit ihren Wurzeln in Baden-Württemberg gut aufgestellt. Beim Ausbau der Erneuerbaren geht es ja um mehrere Dinge: um Fotovoltaik, Wind an Land und Wind auf See.

SPIEGEL: Letzteres wird in Baden-Württemberg schwierig.

Schell: Kraftwerke in die Nord- und Ostsee zu bauen, das kann die EnBW, das hat sie bewiesen. Wir haben den ersten kommerziellen Windpark in Deutschland in der Ostsee installiert und in der Nordsee den ersten, der ohne Förderung auskam. Diese Kreativität ist ein Stück Baden-Württemberg im Meer.

SPIEGEL: Ach so, wir dachten: das schwäbisch Sparsame, ohne Förderung auszukommen.

Schell: Das auch! Dank der Einbindung der Privatwirtschaft waren wir nicht nur sparsam, sondern auch geschäftstüchtig. Und was Turbinen an Land betrifft: Der Wind in Deutschland bläst nicht überall gleich. Neue Windparks müssen dort entstehen, wo sie sich rechnen. Wir tun uns keinen Gefallen damit, auf Gedeih und Verderb einzelnen Zahlen in den Bundesländern hinterherzulaufen.

SPIEGEL: Das heißt, Robert Habecks Vorgabe, dass in jedem Bundesland zwei Prozent der Fläche für Windparks bereitgestellt werden müssen, ist Quatsch?

Schell: Nein, im Gegenteil, das muss der Anspruch sein. Die Vorgabe sorgt

dafür, dass sich die Bundesländer anstrengen. Aber nicht alle Standorte in Deutschland sind gleich gut geeignet. Um auf die Ausbauziele zu kommen, müssen deshalb besser geeignetere Flächen stärker genutzt werden. Aber keine Sorge: Baden-Württemberg wird aufholen.

SPIEGEL : Noch ist Deutschland abhängig von der Kohle, die Netze sind ein Nadelöhr, die Preise hoch . Droht die Energiewende zu scheitern?

Schell: Eine Veränderung mittendrin abzubrechen, ist ganz schlecht. Wir gehen den Weg aus guten Gründen. Deutschland und die EU haben gesetzlich festgelegte Klimaschutzziele und wir wollen und müssen unabhängig von fossilen Energien werden. Zugegeben: Der Weg ist härter geworden als vor dem Krieg in der Ukraine und dem extremen Anstieg von Gas- und Strompreisen.

SPIEGEL: Nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts ist der Klima- und Transformationsfonds um 45 Milliarden Euro geschrumpft. Ist Deutschland mit seiner Schuldenbremse zu kleinlich, um die grüne Wende zu schaffen?

Schell: Ich habe schon vor dem Urteil gesagt, dass es gelingen muss, die Energiewende möglichst privatwirtschaftlich zu finanzieren. Es braucht Rahmenbedingungen, die uns das erlauben. Wir brauchen einen Plan und keine Planwirtschaft.

SPIEGEL: Heißt das, die fehlenden Milliarden sind kein Problem?

Schell: Teile der Energiewende lassen sich privatwirtschaftlich schwer umsetzen. Da braucht es Förderung. Aber es gibt auch Bereiche, in denen keine Sub-

ventionen mehr nötig sind. Zum Beispiel läuft der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge hervorragend im Wettbewerb. Da braucht der Staat kein weiteres Geld zuzuschießen. Unter dem Aspekt sollte man die Haushaltsentscheidung beleuchten.

»Wir brauchen dringend Fahrzeuge, die die Menschen sich leisten können.«

SPIEGEL: Ist es schädlich, dass es ab sofort keine Kaufprämie für E-Autos mehr gibt?

Schell: Die Frage beantwortet Ihnen gerade die Autoindustrie. Was ich Ihnen sagen kann: In der Auslastung der Ladeinfrastruktur ist noch Luft nach oben. Wir brauchen dringend Fahrzeuge, die die Menschen sich leisten können, damit die Elektromobilität vorankommt.

SPIEGEL: Der Bund wollte 5,5 Milliarden Euro zuschießen, um den Anstieg der Stromnetzentgelte zu dämpfen. Die fallen jetzt weg . Spart er da an der falschen Stelle?

Schell: Wir hatten alle mit der Unterstützung gerechnet. Sie ist in die Preiskalkulation für das neue Jahr eingeflossen. Das Geld fehlt den Übertragungsnetzbetreibern jetzt und wird früher oder später zu höheren Preisen für Kundinnen und Kunden führen.

SPIEGEL: Ist es für EnBW egal, wenn Strom für Ihre Kundschaft teurer wird?

Schell: Nein. Wir tun alles für eine sichere und zuverlässige Versorgung zu bezahlbaren Preisen. Zum Beispiel beschaffen wir den Strom für unsere Kunden langfristig im Voraus. Aber eine solche Krise hat auch bei uns Preisanpassungen notwendig gemacht. Viele unserer Leute im Vertrieb arbeiten an der Belastungsgrenze, um alle gesetzli-

chen Änderungen umzusetzen.

SPIEGEL: Das sind sie ja schon gewohnt. Erst wollte die Regierung die Energiepreisbremsen bis März verlängern, dann hat sie sie doch zum Jahreswechsel abgeschafft. Erst sollte der Mehrwertsteuersatz auf Gas zum Jahreswechsel steigen, dann doch erst im März. Nervt Sie das?

Schell: Wir hätten uns alle gewünscht, dass solche Entscheidungen mit mehr Vorlauf fallen. Allerdings hatte die Regierung wirklich schwierige Entscheidungen zu treffen. Ich begrüße, dass die Koalition einen Kompromiss gefunden hat.

SPIEGEL: Der Bund hat 2023 große Flächen für neue Offshore-Windparks ausgeschrieben. Ein Zuschlag ging an RWE, die restlichen Flächen wurden für 12,6 Milliarden Euro an die Ölkonzerne BP und Total Energies vergeben. Hat es Sie geärgert, dass EnBW nicht zum Zuge kam?

Schell: Ab einem gewissen Punkt war das Mitbieten für uns wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Aber was passiert nun mit dem Strom? Wir gehen davon aus, dass auch die Ölfirmen wirtschaftlich denken und kein Geld verschenken wollen. Nutzen sie den Strom, um grünen Wasserstoff zu erzeugen, den sie zum Beispiel in ihren Raffinerien brauchen? Dann steht der Strom dem deutschen Markt nicht zur Verfügung.

SPIEGEL: Müsste man das Ihrer Ansicht nach verhindern? Das war ja nicht die letzte Auktion.

Schell: Wenn wir jetzt fordern, die Auktionsbedingungen zu ändern, dann wirken wir wie schlechte Verlierer. Die Frage ist: Wie schaffen wir die Erzeugung der Strommenge, die wir 2030 brauchen, auch für die Elektromobilität? Mit einer Verknappung wird der Strom teurer als geplant, das müssen wir vermeiden.

SPIEGEL: Die Finanzierung neuer Windparks ist wegen der hohen Zinsen teurer geworden, auch durch steigende Materialpreise, einzelne Projekte wurden schon gestoppt. Wie sehr besorgt Sie das?

Schell: In Europa gibt es nur noch drei Zulieferer für Offshore-Windturbinen. Danach ist man ganz schnell in China. Diese begrenzte Zahl an Zulieferern ist schlecht für die Verfügbarkeit und erhöht die Kosten.

SPIEGEL: War es insofern richtig, dem Anlagenbauer Siemens Energy mit Staatsgarantien unter die Arme zu greifen?

Schell: Es ist wichtig, dass wir in Deutschland und Europa Zulieferer haben, auf die wir bauen können.

SPIEGEL: In der Fotovoltaik sieht es noch schlechter aus. Da kommen Sie in Ihren Solarparks gar nicht ohne chinesische Technik aus. Wären Sie bereit, teurere Module »made in Europe« zu kaufen?

Schell: Diese Abhängigkeit ist kritisch. Mehr als 90 Prozent der Wertschöpfung in der Solarbranche kommen aus China. Prinzipiell bin ich bereit, mehr Komponenten aus europäischer Fertigung einzusetzen. Aber wir bekommen dafür kein zusätzliches Geld auf dem Energiemarkt.

SPIEGEL: Was tun?

Schell: Die Politik ist schnell geneigt, das mit Zöllen lösen zu wollen. Damit würden wir uns aber keinen Gefallen tun. Wichtig ist, die heimische Produktion zu stärken.

SPIEGEL: Für die geplante Förderung von heimischen Fotovoltaik-Leuchtturmprojekten hat der Bund aber jetzt auch kein Geld mehr.

Schell: Wir setzen uns gemeinsam mit RWE für sogenannte Resilienz-Ausschreibungen ein. Das sind Ausschreibungen für Solarflächen, die Module aus europäischer Produktion nutzen. Dann gäbe es immer noch Wettbewerb, aber eben auch einen finanziellen Ausgleich.

SPIEGEL: Das können Sie sich für große Solarparks vorstellen?

Schell: Natürlich, das wäre kein Programm für Solarzellen auf dem Einfamilienhaus. Der Inflation Reduction Act (IRA) mit seinen Milliardensubventionen führt dazu, dass europäische Solarhersteller erwägen, die Produktion lieber in den USA aufzubauen. Dort bekommt man Zuschüsse für den Bau von Werken und für den Betrieb. Wir müssen den Anteil der hier erzeugten Module planbar erhöhen. Das ist nicht leichter geworden, jetzt, wo der Klima- und Transformationsfonds kleiner ist als geplant.

SPIEGEL: Trotz der wachsenden Schwierigkeiten bei den Erneuerbaren haben Sie als eine Ihrer ersten Amtshandlungen angekündigt, dass EnBW schon 2028 aus der Kohle aussteigen will, zwei Jahre früher als Ihr Konkurrent RWE. War es ein Fehler, die Latte gleich so hochzulegen?

Schell: Wenn die richtigen Rahmenbedingungen kommen, dann nein. Wir wollen den CO₂-Ausstoß im Einklang mit den Zielen der Science Based Targets Initiative (SBTI) reduzieren.

SPIEGEL: Einer Initiative, die Firmen unterstützt, wissenschaftlich fundierte Klimaziele zu erreichen.

Schell: Danach müssen unsere Emissionen bis 2035 um 83 Prozent gegenüber 2018 sinken. Das Problem war, dass wir keine konkreten Meilensteine auf dem Weg dorthin definiert hatten.

SPIEGEL: Die SBTi hat Sie also zum früheren Kohleausstieg gedrängt?

Schell: Nein, das war in erster Linie die Erfüllung unseres Klimaneutralitätsversprechens für das Jahr 2035. Die Banken, von denen wir Kredite für unsere Investitionen bekommen, erwarten eine nachvollziehbare Klimastrategie. Da war der hohe Anteil der Kohle am Strommix der EnBW ein Problem.

SPIEGEL: Halten Sie den Kohleausstieg bis 2028 noch für möglich?

Schell: Ja, der Ausstieg bis 2028 ist hochambitioniert, aber möglich. Wir brauchen dafür Gaskraftwerke, die man flexibel fahren kann. Für Tage mit wenig Wind und Sonne. Da ist die Politik jetzt gefordert. Das Bundeswirtschaftsministerium hat seine Kraftwerkstrategie für das erste Quartal 2024 angekündigt, jetzt gibt es Signale, dass sich das verzögern könnte. Das ist nicht gut.

SPIEGEL: Was machen Sie denn, wenn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nicht bald verkündet, ob und wie die Bundesregierung den Bau neuer Gaskraftwerke fördert? Legen Sie trotzdem los?

Schell: Wir sind schon in Vorleistung gegangen und bauen drei Kohlekraftwerke so um, dass sie zunächst mit Gas und später mit Wasserstoff betrieben werden können. Bei diesen Kraftwerken rechnet sich das, weil sie zugleich Wärme in das Fernwärmenetz einspeisen. Aber jedes weitere Kraftwerk braucht klare, vom Bund vorgegebene Rahmenbedingungen.

SPIEGEL: Wie viele weitere Gaskraftwerke wollen Sie errichten?

Schell: Die Frage ist, wie viele wir brauchen. Für Baden-Württemberg wird die erforderliche Leistung auf fünf bis sieben Gigawatt beziffert, für Deutschland auf 20 bis 30 Gigawatt. Diese Kraftwerke werden sich aber nicht allein über die verkaufte Energiemenge finanzieren. Sie sollen ja möglichst wenig laufen, also nur dann, wenn nicht genug Strom aus Sonne oder Wind zur Verfügung steht. Das ginge nur, wenn die Marktpreise in den Zeiträumen sehr stark steigen würden oder wenn die verfügbare Kapazität honoriert wird.

SPIEGEL: Wollen Sie von Habeck einen einmaligen Zuschuss zum Bau der Kraftwerke? Oder eine dauerhafte Vergütung für die bereitgestellte Leistung?

Schell: Es braucht eine Kombination aus beidem. Auch für den Übergang von Erdgas zum zunächst teureren Wasserstoff benötigen wir einen staatlichen Ausgleich.

SPIEGEL: Ohne einen massiven Ausbau der Stromnetze wird die Energiewende nicht klappen. Die Beratungsfirma EY hat für die nächsten Jahre 126 Milliarden Euro allein für den Ausbau der überregionalen Übertragungsnetze veranschlagt. Kann dafür genug privates Kapital mobilisiert werden?

Schell: Das hängt davon ab, ob die Verzinsung der Investitionen hoch genug ist. Stromnetze sind faktische Monopole, die staatlicher Regulierung unterliegen. Investoren, die an Übertragungsnetzen interessiert sind, können in Deutschland investieren, aber ebenso gut im europäischen Ausland oder in Übersee. Natürlich gehen Investoren dahin, wo sie den höheren Ertrag bekommen.

SPIEGEL: Die Netzentgelte steigen doch schon Jahr für Jahr.

Schell: Die Finanzierung über Netzentgelte hat gut funktioniert in Zeiten, in denen wir das Netz im Wesentlichen erhalten und geringfügig erweitern mussten. In den nächsten Jahren müssen wir aber die Übertragungsnetze so ausbauen, dass sie 30 Prozent mehr Strom transportieren können. Es drohen Engpässe bei den Lieferanten und ein Fachkräftemangel. Ein Kilometer Leitung ist ohnehin deutlich teurer als noch vor drei oder vier Jahren.

SPIEGEL: Die Politik hat entschieden, die neuen Stromautobahnen, die den

Windstrom vom Norden in den Süden transportieren, in die Erde zu verlegen. Das ist deutlich teurer als überirdisch.

Schell: Ja, das muss jetzt durchgezogen werden, damit wir endlich zu einem Ergebnis kommen. Bei den weiteren Leitungen sollten wir aber darüber nachdenken, ob wir die Erdverkabelung wollen. Da würden Freileitungen 20 Milliarden Euro sparen, das wäre eine erprobte Technologie und eine Milliarde Euro weniger in den jährlichen Netzentgelten.

SPIEGEL: Freileitungen sind bei Anwohnern ähnlich unbeliebt wie Windräder.

Schell: Die Frage ist: Wollen wir uns die fehlende Akzeptanz leisten oder nicht? Die Industrie weist völlig zu Recht darauf hin, dass sie wettbewerbsfähige Strompreise braucht. Die Kosten für den Netzausbau gehören mit in diese Diskussion.

SPIEGEL: Der Bund will die deutschen Übertragungsnetze des niederländischen Tennet-Konzerns übernehmen und ist zudem am Netzbetreiber 50 Hertz beteiligt. Entsteht da gerade eine bundeseigene Netz-AG, weil sich das Geschäft für private Geldgeber nicht mehr rechnet?

Schell: Das ist eine Frage, die die Bundesregierung beantworten muss.

SPIEGEL: Deutschland hat auch die Gashändler Uniper und Sefo verstaatlicht, zuletzt Milliardengarantien für Siemens Energy gewährt. Wird die Liberalisierung der Energiemärkte, die mehr Wettbewerb und bessere Angebote für die Kunden bringen sollte, zurückgedreht?

Schell: Die Entflechtung von Erzeugung und Netz, die Liberalisierung, all das hat in einer Zeit stattgefunden, als noch nicht derart große Investitionen

notwendig waren. 2023 war das Jahr eins in einer neuen Ära der Energiewirtschaft, die nach dem Krieg in der Ukraine begonnen hat. Wir müssen klären, was besser in der Privatwirtschaft beheimatet ist und welche Aspekte der Energiewende der Staat übernehmen sollte.

SPIEGEL: Letztlich geht es darum, wer die Lasten der Energiewende trägt. Die Verbraucher haben Sie dabei vergessen. Der Bund streicht den Zuschuss zu den Netzentgelten und erhöht die CO₂-Steuer, Energie wird für die Bürger teurer. Wird ihnen zu viel zugemutet?

Schell: Wir sind in einer Übergangsphase, in der die Belastungen für die Bürger höher sind. Aber wir werden am Ende ein neues System haben, das günstigeren Strom liefert. Sonne und Wind stellen keine Rechnung.

SPIEGEL: 2023 hat EnBW in den ersten neun Monaten 4,9 Milliarden Euro verdient. Währenddessen stöhnt die energieintensive Industrie über hohe Kosten. Ist das eine faire Lastenteilung?

Schell: 2022 haben wir nahezu jeden Cent, den wir eingenommen haben, in die Energiewende reinvestiert. Das werden wir auch weiterhin tun. Ich halte wenig davon, der Energiewirtschaft ausgerechnet in Zeiten des Umbaus die Mittel zu entziehen. Das kann man in extremen Krisenzeiten wie 2022 machen, da hat auch niemand in der Branche gemurrt. Aber vor der Krise hatten wir funktionierende Energiemärkte, die für gute Preise gesorgt haben. Da müssen wir jetzt wieder hinkommen.

SPIEGEL: Herr Schell, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Kohlekraftwerk von EnBW in Karlsruhe: »Der Ausstieg bis 2028 ist hochambitioniert, aber möglich«



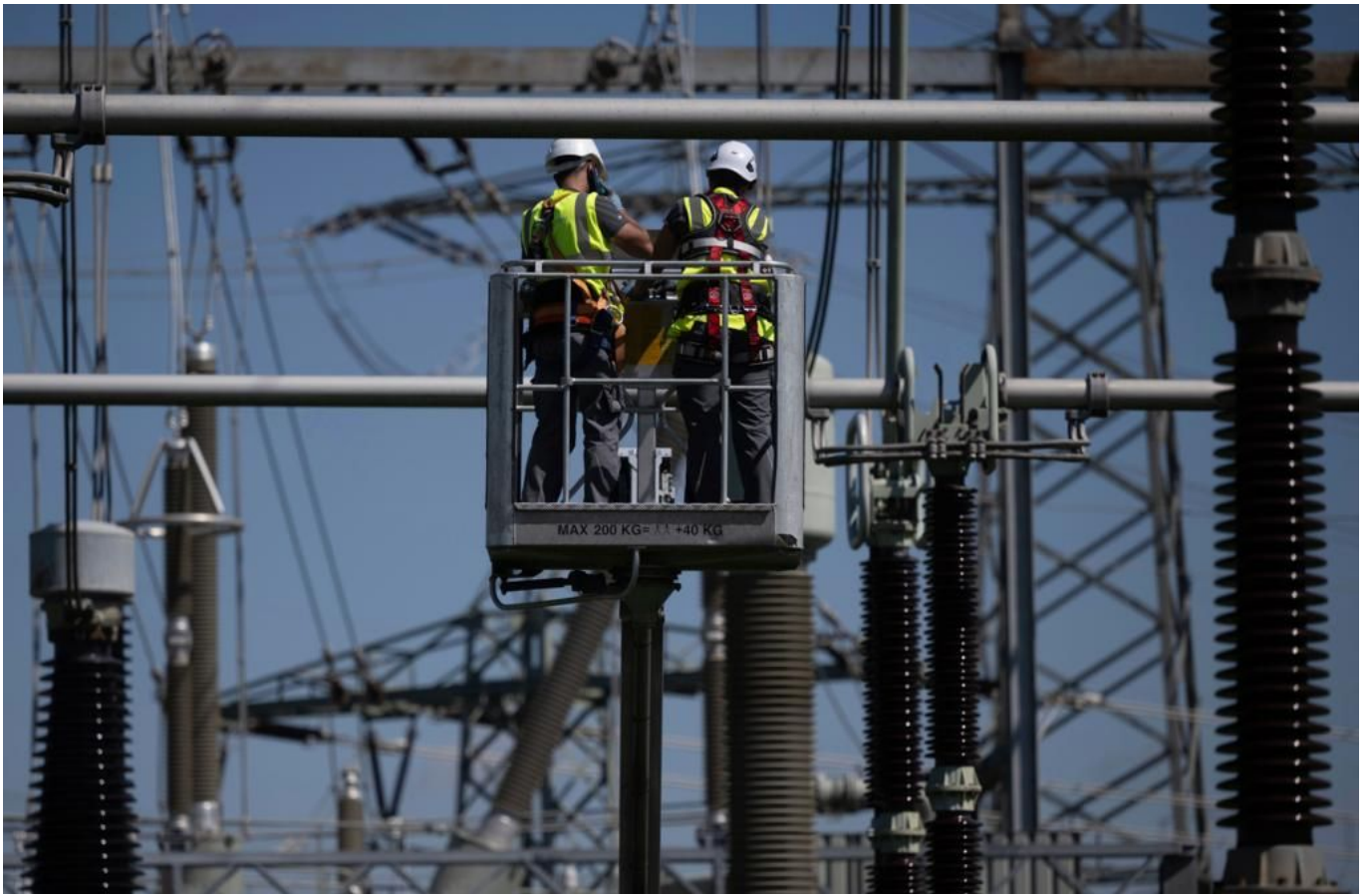
Schnellladepark von EnBW im nordrhein-westfälischen Kamen: In der Auslastung noch Luft nach oben, dpa



EnBW-Chef Andreas Schell mit den SPIEGEL-Redakteuren Martin Hesse (r.) und Benedikt Müller-Arnold



EnBW-Chef Andreas Schell: »Eine Veränderung mittendrin abubrechen, ist ganz schlecht«



Wartungsarbeiten an einer Höchstspannungsleitung: Deutschlands Übertragungsnetze sollen künftig 30 Prozent mehr Strom transportieren können

Wörter: 2326

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG